

Auslesestress, Betreuungsstress, Behördenstress

Die Schule ist kein reines Vergnügen, besonders wenn die bayerische Schulreform droht.



GELUNGENES BEISPIEL FÜR DIE SCHULE ALS LEBENSRAUM: Bei der Neugestaltung des Schulhofes der Gangolfschule wurden Kinder und Eltern miteinbezogen. Gemeinsam mit dem Baumobil (ein Zusammenschluss aus Spielmobil, Gartenamt und Lebenshilfe) entwarfen und bauten Kinder und Eltern ihren „Spielhof“ und bekamen sogar eine in Bamberg noch einzigartige Wippe. **Foto: Erich Weiß**

Eine Schulreform nach der anderen „beglückt“ die Bamberger Schullandschaft. Doch was die Schreibtische des Kultusministeriums verlässt, ist oftmals unausgegoren und kurzfristig: sechsstufige Realschule, verlässliche Halbtagschule, Praxis-Klassen. Die Stadt dagegen legt – mangels Zuständigkeit – die Hände in den Schoß und versäumt es, die berechtigten Interessen von Kindern, Eltern und Schulen ausreichend zu unterstützen

R 6: gesteigerter Leistungsdruck

Vergleicht man das Selbstbild deutscher und dänischer SchülerInnen, so lässt sich bei deutschen Kindern ein Einbruch im

Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten in der 4. Klasse feststellen, der bei den dänischen Kindern, die keine Übertrittsauslese kennen, nicht vorhanden ist. Durch die Einführung der sechsstufigen Realschule wird dieser Druck noch verstärkt. Nach einer Untersuchung aus dem Jahr 1997/98 nehmen Schulunlust, Konkurrenzverhalten und Leistungsdruck bei GrundschülerInnen in Gegenden zu, in denen bereits die sechsstufige Realschule eingeführt wurde.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Entscheidung des Stadtrats, im Schuljahr 2000/2001 an der Graf-Stauffenberg-Schule die R6 einzuführen, in Frage zu stellen: Sind die 600.000 DM Perso-

nalmehrkosten, die die Stadt dafür zu tragen hat, sinnvoll eingesetzt?

Das Volksbegehren „Das bessere Schulkonzept“ fordert dagegen eine Schulreform, die den „Auslesestress“ verringern soll:

1. Die Kinder können nach der 4. Klasse in das Gymnasium oder in eine gemeinsame Aufbaustufe gehen. Danach haben sie eine zweite Chance, aufs Gymnasium zu wechseln, die Möglichkeit, auf die Realschule zu gehen oder die Hauptschule zu besuchen.

2. Die wohnortnahe Hauptschule soll zur Haupt- und Mittelschule ausgebaut werden, an der auch der Realschulabschluss erworben werden kann.

3. Die Eltern entscheiden nach eingehender Beratung mit den LehrerInnen in eigener Verantwortung über die Schullaufbahn ihrer Kinder.

Halbtagsgrundschule: lähmendes Behördengrangel

Ein weiterer schulpolitischer Schnellschuss der bayerischen Staatsregierung war die Einführung der kind- und familienrechtlichen Halbtagsgrundschule. Was sich auf den ersten Blick vielversprechend ausmachte – eine durchgehende Betreuung der Grundschulkinder von 7 bis 13 bzw. 14 Uhr –, geriet in der Realität zum Verantwortungswirrwarr und Behördenklimb. Das Kultusministerium schlug u.a. die Mittagsbetreuung in den Kindergärten vor, das Sozialministerium lehnte es hingegen ab, Grundschulkinder auf noch freien Kindergartenplätzen aufzunehmen oder Räume und Personal zur Verfügung zu stellen. Die Schulen konnten Raum- und Personalbedarf ebenso wenig decken, und die Eltern waren verständlicherweise auch nicht davon begeistert, die von oben verordnete Betreuungspflicht nun doch wieder eigenorganisatorisch zu schultern.

Ebenso wenig wie die Orga-

nisation war auch die Finanzierung geregelt, bis auf magere Zuschüsse versprach die Münchner Ministerin Monika Hohlmeier nichts. Die Stadt fühlte sich schon gar nicht zuständig, was Finanzreferent Heinz Faust deutlich machte: „Das ist ein staatliches Problem – da sind wir bockbeinig...“ Damit hatte Faust zwar im Prinzip Recht, den Familien hilft solches Zuständigkeitsgezanke jedoch kaum weiter.

Die Stadt Bamberg machte in dem ganzen Chaos keine gute Figur: Eigentlich am direktesten mit den Problemen konfrontiert hätte die Stadtverwaltung die Partei der Kinder, Eltern und Schulen ergreifen müssen und gegenüber dem Freistaat eine ordentliche Finanzierung und Organisation einfordern müssen. Stattdessen wies man gerne die Verantwortung weit von sich und war möglichst darauf bedacht, sich mit dem leidigen Thema erst gar nicht befassen zu müssen.

Praxis-Klassen: verspielte Chancen

Unausgereift war auch die Einführung von so genannten Praxis-Klassen mit dem Schuljahr 1999/2000. Der Grundgedanke, Jungen und Mädchen mit schlechten Aussichten auf den normalen Hauptschulabschluss, über eine mehr praxisbezogene Schulausbildung besonders zu fördern, ist ja ansprechend. Auf Skepsis stößt allerdings die Ausföhrung, die diese Jungen und Mädchen in extra „P-Klassen“ zusammenfasst, also eine deutliche Ausgrenzung vornimmt. Immerhin – es wäre ein Anfang gewesen, neue Chancen für die Zukunft dieser Jugendlichen zu finden. Aber nicht einmal eine einzige Praxis-Klasse kam in Bamberg zustande. Und wieder das gleiche Spiel: Zum einen unausgegorene Vorgaben aus München – zum anderen allenfalls halbherziges Engagement bei der Stadt. Auf der Strecke bleiben wieder die Jugendlichen.

Vertrauen verspielt Unterstützung gewonnen

Herbert Lauer erhielt bei seiner Wahl vor sechs Jahren u.a. Unterstützung von der ödp – mit dem Slogan: „Wir vertrauen Herbert Lauer“. Inzwischen hat er diesen Vertrauensvorschluss verspielt.

Ursula Sowa überzeugt über Parteigrenzen hinweg. Deshalb erhält die Fraktionsvorsitzende der GAL bei ihrer OB-Kandidatur auch die Unterstützung des Kreisverbandes der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp).

1994: In der Wahlkampfzeitung statt Sprüche war der ÜBG an Lauer wichtig: „Er hat Rückgrat, seine parteipolitische Unabhängigkeit zu verteidigen.“ Die F.D.P. votierte einstimmig für Lauer: „Mit entscheidend ist der Wille, der ‚Großen Koalition‘ im Rathaus (aus CSU und SPD) eine Alternative gegenüberzustellen.“ Die ödp unterstrich: „Bamberg benötigt einen Oberbürgermeister, dem Ökologie weder Fremd- noch Schlagwort ist.“

2000: Herbert Lauer hat seine Unabhängigkeit aufgegeben, lässt sich von der CSU offiziell als OB-Kandidat nominieren und gleichzeitig die Mitgliedschaft in der ÜBG ruhen. F.D.P. und ödp unterstützen Herbert Lauer nicht mehr und sehen sich – ebenso wie viele Wählerinnen und Wähler – in ihrem Vertrauen ge- und enttäuscht.

Rückblick auf die Amtsperiode Herbert Lauers: Mit ihm als Oberbürgermeister kam es zu einer neuen Offenheit im Stadtrat und in der Verwaltung. Alenthalben war davon die Rede, dass sich die Atmosphäre wesentlich entspannt habe. Trotzdem fiel schon nach einiger Zeit auf: Der neue Mann an der Stadtspitze scheut oftmals klare Festlegungen und lässt Führungsstärke vermissen.

Im Stadtratswahlkampf 1996 stellte sich die ödp in ihrer Wahlkampfzeitung mit Blick auf Lauers übervorsichtiges und oftmals sehr CSU-konformes Verhalten bereits die Frage: „Ist er wirklich so lau oder lauert er auf neue Mehrheiten?“ Nachdem die CSU dann abermals die absolute Mehrheit verpasste, eröffneten sich Herbert Lauer neue Chancen. Doch nun ging der Oberbürgermeister noch stärker auf CSU-Kurs.

So wandelte er sich quasi über Nacht vom ICE-Gegner zum glühenden Befürworter. In der Verkehrspolitik kam es zum Dauerstillstand und selbst beim Bürgerentscheid zur Bergverbindungstraße taktierte der Oberbürgermeister. Die Haushaltssituation verschlechterte sich der Stadt drastisch. Stagnation ist das Kennzeichen der lauen Ära.

Ihr politisches Engagement beruht auf Grundüberzeugungen, die sie – anders als der Amtsinhaber – auch bei Gegenwind vertritt. Ursula Sowa ist gestaltungsfreudig und phantasiereich, ohne den Blick für die Realitäten und die angespannte Finanzsituation zu verlieren. So verwundert es nicht, dass sich der ödp-Kreisverband in einer geheimen Abstimmung ohne Gegenstimme dafür aussprach, die Kandidatur der freiberuflichen Architektin aktiv zu unterstützen.

Ursula Sowa repräsentiert die Mehrheit der Bamberger Bürgerinnen und Bürger, die vor einem guten Jahr beim Bürgerentscheid gegen die Bergverbindungstraße gestimmt haben. Während Herbert Lauer – wie üblich – wieder einmal taktierte, ergriffen andere die Initiative zur Zusammenarbeit, um gemeinsam Bamberg zu bewahren. Ursula Sowa war hier eine der treibenden Kräfte, die unterschiedlichen Gruppen zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Ihr ist es gelungen, Brücken zu schlagen und trotzdem das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Sie ist somit auch die eigentliche Herausforderin des Amtsinhabers.

Lauer sucht im Stadtrat zunehmend Mehrheiten um der Mehrheiten willen und hat dafür gar seine Unabhängigkeit gegen die kurze Leine der CSU-Fraktion eingetauscht. Dagegen geht es Ursula Sowa um Gestaltungsmehrheiten für ein zukunftsfähiges Bamberg. Ideen, Kreativität und Gestaltungsfreude sind gefragt, um Bamberg und die Region voran zu bringen. Zögerlichkeit, Sowohlals-auch-Haltungen und eine in Drittrangigkeiten verlebte Verwaltungsmentalität haben zu lange städtische Entwicklungsmöglichkeiten blockiert. Am 19. März haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, hier eine Kurskorrektur vorzunehmen.

Deshalb: Diesmal Damenwahl!

Andreas Becker,
ödp-Kreisvorsitzender

Vor 10 Jahren in der GAL-Zeitung

Parkhaussucht

Typisches Suchtverhalten legen die Bamberger Kommunalpolitiker an den Tag, wenn es um Parkhäuser und Tiefgaragen geht: Die Dosen werden immer größer, der Abstand zwischen den „Schüssen“ immer kleiner.

Begonnen hat diese Sucht schon vor fast zwanzig Jahren mit dem Bau der Tiefgarage unter dem Maxplatz. Konnte man damals zunächst noch hoffen, daß dies ein einmaliger Ausrutscher war, so wurden wir Anfang der achtziger Jahre leider eines schlechteren belehrt. Die verantwortlichen Verkehrspolitikern von CSU und SPD waren auf den Geschmack gekommen und genehmigten sich das Parkhaus Schützenstraße und die Tiefgarage Geyerswörth. Damit war der Bann gebrochen, die Parkhaus-Sucht nahm schnell besorgniserregende Ausmaße an. In immer kürzeren Abständen wurden jetzt die

„Trips“ geworfen: Tiefgarage Theatergassen, Tiefgarage Altes Krankenhaus.

Und schon liegen neue Exemplare des Suchtmittels bereit: Tiefgarage Bamberg-Mitte, Tiefgarage Deutsches Haus, Parkhaus Georgendamm. Wohin das führen wird? Zum (Verkehrs-)Kollaps, höchstwahrscheinlich. Und ob dagegen gar nichts zu machen ist? Doch, schon. Helfen würde eine radikale Entziehungskur, die Patienten müßten für einige Jährchen von den Schalthelmen der Verkehrspolitik entfernt werden. Und um einen Rückfall zu verhindern, darf das Thema „Parkhäuser“ im Rathaus ganz einfach nicht mehr erwähnt werden...

Diese Glosse stand in der GAL-Zeitung Nr. 30 vom Dezember 1990.

UNTERSTÜTZEN SIE DIE „BESSERE SCHULREFORM“!



- AUFBAUSTUFE STATT AUSLESEDRUCK
- HAUPT- UND MITTELSCHULE STATT SCHULSTERBEN
- ELTERNVERANTWORTUNG STATT ELTERNBEVORMUNDUNG

EINTRAGUNGSFRIST IM RATHAUS: 15.-21.2.2000 (PASS NICHT VERGESSEN!)